

Ressort: Politik

Unions-Länder wollen Schul-Milliarden ohne Verfassungs-Änderung

Berlin, 18.01.2019, 23:01 Uhr

GDN - Mehrere Unions-Länder wollen die 5 Milliarden Euro zur Digitalisierung von Schulen nun ohne Verfassungsänderung bekommen. Das berichtet die "Bild" (Samstagsausgabe).

Es handelt sich um eine neue Wendung im Kompetenzstreit zwischen Bund und einigen Ländern, dessentwegen das Geld derzeit auf Eis liegt. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sagte zu "Bild": "Schleswig-Holstein ist bereit, den Digitalpakt auch ohne Grundgesetzänderung mitzutragen." Hessen drängt ebenfalls auf eine Einigung ohne Verfassungsänderung. Dies sei möglich, wenn die Gelder einfach mit Hilfe einer "Änderung der Umsatzsteuer-Verteilung" überwiesen würden, so die hessische Staatskanzlei zu "Bild". Zuvor hatte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) in einem Brief an CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer darum geworben, sich für eine rasche Einigung im Streit um die Schul-Milliarden einzusetzen - ohne Änderung des Grundgesetzes. In einem solchen Fall hätte der Bund als Geldgeber allerdings keine Kontrolle darüber, ob die Milliarden wirklich bei den Schulen ankommen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-118662/unions-laender-wollen-schul-milliarden-ohne-verfassungs-aenderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com